

"Marshallplan und Atlantikpakt" in Luxemburger Wort (5. April 1949)

Legende: Am 5. April 1949 analysiert die Luxemburger Tageszeitung Luxemburger Wort die Auswirkungen des Nordatlantikpakts auf die Ost-West-Beziehungen, der am Vorabend in Washington unterzeichnet wurde.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 05.04.1949, n° 95; 102e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Marshallpakt und Atlantikpakt", p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"marshallplan_und_atlantikpakt"_in_luxemburger_wort_5_april_1949-de-1fd17550-4eae-42c2-a086-169f26b4e101.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 14/05/2013

Marshallplan und Atlantikpakt

Auf den Tag genau ein Jahr nach Inkrafttreten des Marshallplanes erfolgte gestern abend in Washington die Unterzeichnung des Atlantikpaktes. Der innere Zusammenhang der zwischen diesen beiden für Europa in bedeutungsvollen Daten liegt, springt in die Augen. Der Marshallplan soll Europa die wirtschaftliche, der Atlantikpakt die politische Sicherheit garantieren. Der Atlantikpakt entspringt aus dem Marshallplan. Er hätte nicht notwendigerweise daraus entspringen müssen, bis zum Tage, da die Tschechoslowakei vom Kreml daran gehindert wurde an den Marshallplan-Vorbesprechungen teilzunehmen, waren dem Prinzip der kollektiven Sicherheit noch keine Grenzen gezogen. Man dachte noch in absoluten Größen und es galt noch immer die Idee von Dumbarton Oaks und San Francisco, die der Vereinten Nationen schlechthin. Das Machtwort, das damals in Moskau Stalin persönlich der tschechoslowakischen Regierung sprach, bedeutete das, wenigstens vorläufige, Ende des absoluten UNO-Gedankens. Dem Prinzip der kollektiven Sicherheit mußten engere Grenzen gesetzt werden. Durch wessen Schuld? Die des Westens, dessen versöhnliche Politik – Außenminister Bech sagte es gestern bei der Pakt-Unterzeichnung in Washington recht eindeutig – kein Echo im Osten reckte? Oder die des Kremls der, wie Jan Masaryk, der tschechoslowakische Außenminister, nach seiner Rückkehr von jener memorablen Moskauer Zusammenkunft mit Stalin klar erkannte, gar nicht wollte, daß Europa sich wirtschaftlich erhole. „Sie (die Sowjets) befürchten, der Wiederaufbau Westeuropas könne erfolgreich verlaufen“, erklärte Masaryk seinem Prager Ministerkollegen Hubert Ripka.

Der Kampf, den Rußland damals gegen den Marshallplan auslöste, wird sich nun in verstärktem Maße gegen den Atlantikpakt richten. Daran zweifelt wohl niemand, wenn es auch von vornherein durchaus nicht so selbstverständlich zu sein braucht. In der UNO hat der Kreml viel zu prächtige Erfolge zu buchen vermocht, als daß er jetzt daneben eine zweite Organisation hinnehmen könnte, deren Tätigkeit er nicht in jedem Augenblick durch sein Veto lähmen könnte. Machtpositionen wie jene, die ihm durch das Vetorecht geschaffen wurden, gibt man nicht so leicht auf.

Bestimmt wird daher in Lake Success dicke Luft sein, wenn heute daselbst die Volksversammlung der UNO zum zweiten Teil ihrer dritten Session zusammentritt. Der amerikanische Staatssekretär Dean Acheson meint zwar, es werde daselbst nicht vom Atlantikpakt gesprochen werden, doch müßte es einen wundernehmen, wenn die Sowjets nicht auf irgendeine Weise versuchen sollten, ihre alte These von der Unvereinbarkeit des Atlantikpaktes mit der Charta der Vereinten Nationen und von dessen angeblich offensivem Charakter vorzubringen. Beide Behauptungen sind übrigens längst widerlegt. Die Charta von San Francisco sieht ausdrücklich vor, daß die Gruppen von Ländern zu defensiven Regionalpakten zusammenschließen dürfen, u. aus dem vor Wochen veröffentlichten Text des Atlantikpaktes geht klar und eindeutig hervor, daß er rein defensiven Charakter trägt und sich nur gegen einen eventuellen Angreifer richtet. Eine Rückversicherung für die Länder Westeuropas sozusagen, meinte Außenminister Bech, als er uns damals den Text des Paktes aushändigte.

Eine Rückversicherung zwar, in die schon Moskau seinen zersetzenden Einfluß hineinspielen zu lassen versuchen wird. Der Pakt an sich kann nicht genügen, uns Frieden und Sicherheit zu verbürgen. Er wird just das wert sein, was die Signatävölker daraus machen. Wir sagen ausdrücklich Signatävölker. Die zwölf Regierungen allein sind nicht imstande, denselben sich voll auswirken zu lassen. Hinter den Regierungen müssen die Völker stehen. Und in den Völkern muß jeder Einzelne Pflicht und Verantwortung übernehmen, wirtschaftlich, politisch u. sozial. Denn in dem Maße, wo es den Völkern Westeuropas gelingen wird, den kominformistisch dirigierten Parteien und Bewegungen die Argumente – es mögen oft nur Scheinargumente sein – aus der Hand zu nehmen, in dem Maße verliert Moskau das Mittel, den gestern unterzeichneten Pakt zur Sicherung des Friedens und der Menschenrechte von innen heraus zu zerstören.